

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

## Regionalwahlen 2012 in Indien: Kongresspartei auf dem Prüfstand

BUNDESSTAATENWAHLEN IN MANIPUR, UTTARAKHAND, PUNJAB, UTTAR PRADESH UND GOA

Vom 28. Januar bis 06. März waren mehr als 154 Millionen Wahlberechtigte in fünf indischen Bundesstaaten – Manipur, Uttarakhand, Punjab, Uttar Pradesh und Goa – aufgerufen, ihre Stimme abzugeben und damit über die künftige Zusammensetzung ihrer Parlamente und deren politische Ausrichtung zu bestimmen. Die Wahlen – insbesondere im bevölkerungs- und politisch einflussreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh – sind laut Medien und Analysten ein Indikator für die Stimmung der Bevölkerung im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2014; die eklatante Wahlniederlage der Kongresspartei, die sich hohe Chancen auf einen Wahlsieg ausgerechnet hatte, stellt die Partei vor neue Herausforderungen auf regionaler wie auch nationaler Ebene.

### Die Regionalwahlen im Überblick

Mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung von teilweise 82 Prozent wurden die Ergebnisse der fünf Regionalwahlen, die sich aufgrund der Größe des Bundesstaats Uttar Pradesh dort über mehrere Wahlphasen hingezogen hatten, am 6. März 2012 verkündet. In Uttar Pradesh, dem politisch gesehen gewichtigsten Staat, leitete die Samajwadi Party (SP)<sup>1</sup> mit überwältigender Mehrheit einen Regierungswechsel ein. In Goa konnte die bisherige Oppositionspartei Bharatiya Janata Party (BJP) mit ihrem Koalitionspartner Maharashtrawadi Gomantak Party (MGP)<sup>2</sup> ebenfalls die Regierungsverantwortung vom India National Congress (INC) übernehmen. Der bisherige Chief Minister Digambar Kamat musste zurücktreten und der Vorsitzende der BJP in Goa, Manohar Parrikar, wird die Regierung in Goa als Chief Minister anführen. Im Punjab und in Manipur kam es zu keinem Wechsel. Die Shiromani Akali Dal<sup>3</sup>-Bharatiya Janata Party (SAD-BJP)-Allianz geht in die zweite Legislaturperiode und in Manipur wird dem INC eine dritte Legislaturperiode übertragen. In Uttarakhand erhielten weder die BJP noch der INC eine klare Mehrheit. Nach den Wahlen dort bot die BSP dem INC ihre Unterstützung an, um die Mehrheit von 36 Mandaten zu erreichen und somit eine Regierung bilden zu können.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Samajwadi Party (SP) ist eine Sozialistische Partei. Ihre Basis hat die SP, an deren Spitze der frühere Verteidigungsminister Mulayam Singh Yadav steht, vor allem in Uttar Pradesh, wo sie mehrfach auch die Regionalregierung stellte.

<sup>2</sup> Maharashtrawadi Gomantak Party (MGP) ist eine regionale Partei in Goa und populär bei den Nicht-Brahminen Hindus, die einen Großteil der ärmeren Bevölkerung Goa's ausmachen.

<sup>3</sup> Shiromani Akali Dal (SAD, auch nur *Akali Da*) ist eine politische Partei der Sikhs im Punjab.

<sup>4</sup> Vgl. The Hindu, 12.03.2012, BSP to support Congress in Uttarakhand

**INDIEN**DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

Bundesstaat	Einwohner (in Mio)	Wähler (in Mio)	Wahlbeteiligung
Uttar Pradesh	200	127	58,7 %
Goa	1,5	1	82 %
Punjab	27,7	17,6	76,63 %
Manipur	10,1	6,3	65 %
Uttarakhand	2,7	1,7	82 %

**Der Einfluss unterschiedlicher Politikebenen und politischer Akteure**

Das politische System der indischen Union<sup>5</sup> ist föderalistisch strukturiert und zentralistisch geprägt.<sup>6</sup> An der Spitze jedes Bundesstaates steht ein vom Präsidenten eingesetzter Gouverneur, der überwiegend repräsentative Aufgaben erfüllt. Bedeutenderes politisches Gewicht geht vom Chief Minister<sup>7</sup> aus, der dem Kabinett eines jeden indischen Bundesstaates und Unionsterritoriums vorsteht. Über wichtige Bereiche wie Außenpolitik, Atomenergie und Verteidigungspolitik wird von der Zentralregierung und somit überregional entschieden. Andere Bereiche wie Bildungs-, Gesundheits- und Kulturpolitik, die Organisation der Polizei, aber auch Infrastrukturprojekte sowie die industrielle Entwicklung der Bundesstaaten bleiben der Entscheidung auf Regionalebene vorbehalten. Der Einfluss der Zentralregierung und des Nationalparlaments auf Regionalebene, der sich teilweise über die Jahre ausgeweitet hat, sollte nicht unterschätzt werden. Dennoch hängt der wesentliche Erfolg von zentral initiierten Entwicklungsprogrammen und notwendigen politischen Reformen von der Bereitschaft der lokalen Regierung ab, diese Initiativen mitzutragen und umzusetzen.<sup>8</sup>

Der Blick richtet sich somit auf die zunehmend an Einfluss gewinnenden Regionalparteien, die sich über die Jahre formiert haben. Die Dominanz der nationalen Parteien, angefangen von der regierenden Kongresspartei (INC) und der Oppositionspartei Bharatiya Janata Party (BJP), wird mehr und mehr durch die Koalitionsbildungen mit regionalen Parteien geschwächt. Nicht nur haushaltspolitisch spiegelt sich das Erstarken regionaler Kräfte wider (aus dem Bundeshaushalt fließen mehr und mehr Mittel in regionale Projekte), sondern auch durch die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung seitens der Bundesstaaten an politischen Entscheidungen auf nationaler Ebene.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Artikel I der indischen Verfassung deklariert Indien als eine „Union of States“ bestehend aus gegenwärtig 28 Bundesstaaten (engl. States) und sieben Unionsterritorien (engl. Union Territories).

<sup>6</sup> Vgl. Wagner (2004), Das Politische Systems Indiens, S. 89 f.

<sup>7</sup> Vergleichbar mit dem Amt des Ministerpräsidenten im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland

<sup>8</sup> Vgl. Chandra et. al, India Since Independence, S. 391 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Chandra et. al, India Since Independence, S. 391 ff.

**INDIEN**

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

MAREEN HARING

**12. März 2012**[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)**1. Wahlen im Bundesstaat Manipur**

Der nord-östliche Bundesstaat Manipur zählt 2,7 Millionen Einwohner und grenzt geografisch an die Bundesstaaten Nagaland (Norden), Assam (Westen) und Mizoram, sowie im Osten an Myanmar. Manipur ist in neun Verwaltungsdistrikte mit 60 Wahlkreisen untergliedert. Im Bundesstaat kämpfen Separatisten (Naga) um die Unabhängigkeit bzw. den Anschluss an Nagaland, zum Teil auch mit blutigen Aufständen und Anschlägen. 10

Insgesamt standen den über 1,7 Millionen Wahlberechtigten 17 Parteien und 279 Kandidaten zur Auswahl<sup>11</sup>. Das dominante Wahlthema war die territoriale Integrität des Bundesstaates.<sup>12 13</sup>

Der Chief Minister seit 2002 ist Okram Ibobi Singh (Indian National Congress, INC) und hatte somit sein Amt bis zu den Wahlen 2012 bereits seit zwei vollständigen Legislaturperioden inne. Die Opposition bildeten die Manipur People's Party, die Bharatiya Janata Party, die Nationalist INC Party und die Janata Dal – United.<sup>14</sup>

Die Wahlbeteiligung lag bei 82 %, doch diese Tatsache wurde überschattet durch einen Anschlag mit sechs Todesopfern.<sup>15</sup>

**Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Regionalparlament Manipur 2012**

Partei	2007	2012	Änderung
INC	30	42	+12
All India Trinamool	-	7	+7
Naga Peoples Front	-	4	+4
Andere	30	7	-23

Quelle: Wahlkommission Indien

<sup>10</sup> Vgl. <http://manipur.gov.in/>

<sup>11</sup> Vgl. The Indian Express 28.01.2012, Grafik

<sup>12</sup> Militante Gruppen und radikale Aktivisten blockieren, oft monatelang, Straßen und Autobahnen um ihre politischen Forderungen durchzusetzen (Institute for Defence Studies and Analyses, The Manipur Blockade: Symptom of a crisis in desperate need of resolution, Namratra Goswami, 28.10.2011)

<sup>13</sup> Die im Nordosten Indiens beheimateten Nagaland-Bergvölker fordern einen eigenen Bundesstaat. Aus dieser Forderung heraus wurde der Nationale Sozialistische Rat von Nagaland gegründet (Universität Hamburg, Indien: Nagas, Hanning Voigts)

<sup>14</sup> Vgl. <http://www.assamtribune.com/scripts/detailsnew.asp?id=dec3011/oth06>

<sup>15</sup> Vgl. The Hindu, 28.01.2012, Heavy voter turnout in Manipur, militant kills 5; Es wird vermutet, dass der National Socialist Council of Nagaland – eine Separatisten-Gruppe, die ein unabhängiges Manipur fordert – hinter dem Anschlag steckt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

In Manipur konnte sich der INC zum dritten Mal in Folge behaupten und dabei weitere Sitze im Regionalparlament hinzugewinnen. Chief Minister Okram Ibobi Singh, der eine Gewinnmarge von 15.453 Wählern erzielte, betonte, dass es „keine Alternative zum INC gegeben hätte“<sup>16</sup>. Die Politik des INC in Manipur versprach unter anderem die Förderung der ländlichen Entwicklung, politische Stabilität und Einheit des Bundesstaates, Verbesserung der Infrastruktur und Wohlstand für alle. Darüber hinaus könne der Bundesstaat in Zukunft von der sog. „Look East Politik“<sup>17</sup> und der „Vision 2020“<sup>18</sup> der Zentralregierung profitieren.

### 2. Wahlen im Bundesstaat Uttarakhand

Uttarakhand, bis 2006 Uttaranchal, hat 10,1 Millionen Einwohner<sup>19</sup> und war bis 2000 Teil von Uttar Pradesh.<sup>20</sup> Uttarakhand liegt im Himalaya, im Norden Indiens. Nachbarbundesstaaten sind Uttar Pradesh im Süden und Himachal Pradesh im Nordwesten. Im Nordosten liegt die Grenze zu Tibet (Volksrepublik China), im Osten die zu Nepal. Mit einer Fläche von 53.500 Quadratkilometern ist Uttaranchal etwas größer als das deutsche Bundesland Niedersachsen.

6,4 Millionen registrierte Wähler durften in 70 Wahlkreisen für 788 Kandidaten ihre Stimme abgeben.<sup>21</sup>

Der gesamte Wahlverlauf in Uttarakhand verlief friedlich; die Wahlbeteiligung lag bei über 65 %.<sup>22</sup> Das Wahlprogramm des INC beinhaltete die Bekämpfung von Korruption, die Förderung von erhöhter politischer Transparenz, neue Programme zur ländlichen Entwicklung in der Terai Gegend und Infrastrukturverbesserungen insbesondere im Energiebereich. Die BJP indes versprach die Schaffung von einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze, Einkommenssteigerungen und vergünstigte Kredite für Landwirte.

### Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Regionalparlament Uttarakhand 2012

Partei	2007	2012	Änderung
INC	20	32	+12
BJP	36	31	-5
BSP	8	3	-5
Andere	6	4	-2

Quelle: Wahlkommission Indien

Von den insgesamt 70 Sitzen im Parlament kommen dem INC 32, der BJP 31 zu. Da weder der INC noch die BJP die erforderliche Mehrheit von 36 Sitzen im Regionalparlament aufbringen konnten, ist die Regierung derzeit in einem schwebenden Zustand. Jedoch sagte die

<sup>16</sup> Vgl. Hindustan Times, 07.03.2012, Three in a row for INC

<sup>17</sup> Wirtschaftspolitische Initiative Indiens, in der besonders die wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Verband Südostasiatischer Nationen, kurz ASEAN, verbessert werden sollen. Diese Initiative wurde vom früheren indischen Premierminister P.V.Narsimha Rao initiiert und stellte einen Wechsel in der indischen Außenpolitik dar. (Global India Foundation)

<sup>18</sup> Die Vision 2020 besagt, dass Indien bis 2020 ein Industrieland werden soll. (Vgl. <http://www.indiavision2020.org/>)

<sup>19</sup> Vgl. [http://iipsenviis.nic.in/Census\\_OfIndia\\_2011/Table%20%201.pdf](http://iipsenviis.nic.in/Census_OfIndia_2011/Table%20%201.pdf)

<sup>20</sup> Vgl. <http://www.prsindia.org/parliamenttrack/vital-stats/assembly-elections-2012-2193/>

<sup>21</sup> Vgl. The Hindu, 30.01.2012, A State grappling with the problem of migration

<sup>22</sup> Vgl. The Hindu, 31.01.2012, 65 per cent polling in Uttarakhand

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BSP dem Congress ihre „uneingeschränkte Unterstützung“<sup>23</sup> zu – sollte es zu einer Allianz des Congress mit der BSP kommen, kann die erforderliche Mehrheit erreicht werden.

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY 3. Wahlen im Bundesstaat Punjab

MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

Der Bundesstaat Punjab mit 27,7 Millionen Einwohnern umfasst den östlichen Teil der zwischen Indien und Pakistan geteilten Großregion Punjab. Die Hauptstadt Chandigarh ist auch Hauptstadt des benachbarten Haryanas, und wird als Unionsterritorium von der Zentralregierung in Neu-Delhi verwaltet. Punjab grenzt an die Bundesstaaten Jammu und Kaschmir, Himachal Pradesh, Haryana, das Unionsterritorium Chandigarh und Rajasthan sowie an die gleichnamige pakistanische Provinz Punjab und besteht aus 17 Distrikten. 2007 übernahm Parkash Singh Badal das Amt des Chief Ministers.

Der Bundesstaat hatte 117 Sitze im Regionalparlament zu vergeben. 17,6 Millionen Wahlberechtigte konnten für 1078 Kandidaten stimmen. Die letzte Regierung war eine Allianz aus Shiromani Akali Dal (SAD) und der Bharatiya Janata Party unter Chief Minister Parkash Singh Badal (SAD). Ein Novum im Parteienspektrum des Bundesstaates ist die Partei Sanjha Morcha, die der neugegründeten People's Party of Punjab (PPP) angehört, welche vom früheren Finanzminister Manpreet Singh Badal angeführt wird.

Die Wahlen verliefen überwiegend friedlich<sup>24</sup> und die durchschnittliche Wahlbeteiligung im Punjab lag bei 76,63 %. Für negative Schlagzeilen während des Wahlkampfes hatten einige Kandidaten in Bezug auf „paid news“ gesorgt, die nunmehr von der Wahlkommission geahndet werden.<sup>25</sup>

### Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Regionalparlament Punjab 2012

Partei	2007	2012	Änderung
SAD	49	56	+7
BJP	19	12	-7
INC	44	46	+2
Andere	5	3	-2

Quelle: Wahlkommission Indien

Entgegen aller Vorhersagen konnte auch dieses Mal die SAD zusammen mit ihrem hindu-nationalistischen Koalitionspartner BJP den Wahlsieg erringen. Parkash Singh Badal wird damit zum fünften Mal Chief Minister in Punjab. Seine Partei sicherte sich 56 der 117 Sitze. Im Vordergrund der Politik der SAD steht die nachhaltige Entwicklung des Bundesstaates – insbesondere in den Bereichen Bildung (wie beispielsweise kostenfreie Bildung für Mädchen bis zum Schulabschluss) und Energie sowie im Textilsektor.

<sup>23</sup> Vgl. The Hindu, 12.03.2012, BSP to support Congress in Uttarakhand

<sup>24</sup> Vgl. The Hindu, 31.01.2012, Record voter turnout in Punjab (bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Gruppen wurde ein Mensch getötet)

<sup>25</sup> Vgl. The Indian Express, 24.02.12, Yes, we paid for news: candidates plead guilty on 201 of 339 notices

**INDIEN**DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

Uttar Pradesh (UP) ist mit knapp 200 Millionen Einwohnern Indiens bevölkerungsreichster Bundesstaat und die bevölkerungsreichste subnationale Einheit der Welt. Uttar Pradesh liegt im Norden Indiens, Nachbarbundesstaaten sind Bihar im Osten, Jharkhand und Chhattisgarh im Südosten, Madhya Pradesh im Süden, Rajasthan im Südwesten, Haryana im Westen und Uttarakhand im Norden. Im Westen, von UP und Haryana eingeschlossen, liegt ebenfalls das Hauptstadtterritorium Delhi. Im Nordosten befindet sich die Landesgrenze zu Nepal.<sup>26</sup> Wenngleich UP auch der politisch einflussreichste Bundesstaat ist, zählt er zu einer der ärmsten Gegenden des Subkontinents – sowohl im Hinblick auf das Pro-Kopfeinkommen als auch die Sozialindikatoren – und weist in den Dörfern eine der welthöchsten Kindersterblichkeitsraten auf.<sup>27</sup> Die Chief Ministerin war seit 2007 die „Dalitkönigin“ Kumari Mayawati.

UP wird traditionell als politisch wichtigster Staat bei Regionalwahlen angesehen, da man bei rund 127 Millionen Wahlberechtigten oftmals das politische Stimmungsbild der Bevölkerung im Hinblick auf die nationale Politik aus dem Wahlergebnis ableiten konnte.<sup>28</sup> Bereits im Vorfeld gab es Anzeichen, dass die regierende Chief Ministerin Mayawati (BSP), eine geborene Dalit („Unberührbare“), die Gunst des Volkes verloren hatte, was nicht zuletzt auf ihren übertriebenen Personenkult zurückzuführen war.<sup>29</sup> Deshalb wurde der INC mit Rahul Gandhi, der monatelang einen intensiven Wahlkampf geführt hat, als potentieller Gewinner gehandelt.<sup>30</sup> Auch seine Schwester Priyanka Gandhi Vadra, die politisch überwiegend im Hintergrund agiert, hatte sich aktiv im Wahlkampf engagiert.<sup>31</sup>

Selbst Sonia Gandhi wurde verschiedentlich mit Kritik an Regierung und Opposition in UP zitiert: „Anstelle dass die Opposition die BSP attackiert, greifen diese den INC an. Unter Mayawatis Herrschaft wurde der Staat zu einem Maskottchen der Korruption.“<sup>32</sup> Auch die BJP hatte sich in UP Chancen auf ein gutes Wahlergebnis ausgerechnet, was letztlich nicht eingetroffen ist.

Die Wahlbeteiligung in UP liegt traditionell im nationalen Vergleich im unteren Bereich.<sup>33</sup> Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag in den sieben Wahlphasen bei 59,13 %, was jedoch deutlich über der Wahlbeteiligung von 2007 (46,07 %) war.

**Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Regionalparlament Uttar Pradesh 2012**

Partei	2007	2012	Änderung
SP	97	224	+127
	206	80	-126
BJP	51	47	-4
INC +	32	37	+5

Quelle: Wahlkommission Indien

<sup>26</sup> Vgl. <http://upgov.nic.in/><sup>27</sup> Vgl. Unicef Bericht, „Zur Situation der Kinder in der Welt 2012“, 28.02.2012<sup>28</sup> Vgl. BBC News India, 23.02.2012, India state elections, Uttar Pradesh holds fifth phase<sup>29</sup> Vgl. <http://indische-wirtschaft.de/?p=2648><sup>30</sup> Vgl. Outlook, February 27, 2012, The more they (Don't) remain the same<sup>31</sup> Vgl. The Indian Express, 04.02.2012, Block by block in family seats, Priyanka sings Rahul's praise<sup>32</sup> Vgl. Hindustan Times, 26.02.2012, UP has become mascot of corruption: Sonia<sup>33</sup> Vgl. BBC News, 04.02.2012, India state elections: Uttar Pradesh battles apathy

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

Der Gewinner war die Samajwadi Party mit dem neuen Chief Minister Mulayam Singh. Die Partei hat von der Wahlentscheidung der muslimischen Bevölkerung UP´s profitiert und im Wahlkampf den Kleinbauern vergünstigte Kredite und eine gesicherte Rente versprochen. Damit wurde die nicht unumstrittene Regierung Mayawati abgelöst. Der Zuwachs von 127 Sitzen entsprach fast genau dem Verlust der Sitze (126) der bislang regierenden BSP. Das Wahlergebnis wird ebenfalls als Votum gegen die Kastenpolitik der BSP bewertet.

### 3.5 Wahlen im Bundesstaat Goa

Goa ist der kleinste indische Bundesstaat mit knapp 1,5 Millionen Einwohnern und liegt an der mittleren Westküste Indiens. Die ehemalige portugiesische Kolonie ist in zwei Distrikte, North Goa und South Goa, eingeteilt und wird von der Hauptstadt Panaji am linken Ufer des Mandovi verwaltet. Bis 1990 war Goa für stabile politische Verhältnisse bekannt, danach folgten zahlreiche Regierungswechsel. Im März 2005 löste der Gouverneur das Parlament und die von der Kongresspartei gestellte Regierung auf, und Goa wurde unter unmittelbare Kontrolle der indischen Zentralregierung gestellt (President's rule). Aus den darauffolgenden Wahlen im Juni 2005 ging die Kongresspartei erneut siegreich hervor. 2007 wurde Digambar Kamat zum Chief Minister gewählt.

Die beiden stärksten politischen Parteien in Goa sind die Kongresspartei und die BJP. Andere wichtige Parteien sind die Nationalist INC Party (NCP) und die traditionell von den brahmanischen Hindus unterstützte Maharashtrawadi Gomantak Party (MGP), die 1963 die erste goanesische Regierung nach dem Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft stellte, inzwischen aber den Großteil ihrer Stammwählerschaft an die BJP verloren hat. Die vor allem von der christlichen Bevölkerung getragene United Goans Democratic Party zählte früher zu den einflussreichsten Parteien in Goa, hat aber mittlerweile ebenfalls an Unterstützung eingebüßt. In Goa kämpften vor allem die INC-NCP Allianz und die BJP-MGP Allianz um die Mehrheit; erstere kandidierte für alle 40 Sitze, letztere für 35. Die Wahlen in Goa verliefen friedlich und die Wahlbeteiligung lag bei 82 %.

### Wahlergebnisse und Sitzverteilung im Regionalparlament Goa 2012

Partei	2007	2012	Änderung
BJP	14	21	+7
INC	16	9	-7
Maharashtravadi Gomantak Party	2	3	+1
Andere	8	7	-1

Quelle: Wahlkommission Indien

Die BJP erhielt einen Mandatszuwachs von 7 Sitzen im Regionalparlament. Mit einer deutlichen Mehrheit von 21 (BJP) gegenüber 9 Sitzen (INC) wurde der INC abgewählt. Dies ist nicht zuletzt auch auf die Wahlversprechen der BJP zurückzuführen – beispielsweise innerhalb von 100 Tagen nach Regierungsantritt einen Anti-Korruptions Ombudmann<sup>34</sup> zu installieren und illegalen Abbau von Rohstoffen strikt zu verfolgen. Auch der Koalitionspartner

<sup>34</sup> Lokayukta

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY

MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

der BJP, die MGP, konnte sich drei Mandate sichern. Die BJP konnte unter anderem mit den vorwiegend „weißen Westen“ ihrer Kandidaten punkten und sprach mit ihrer „mood for change“-Kampagne<sup>35</sup> die Wähler direkt an.

### Bilanz der Regionalwahlen und politische Perspektiven

Die Kongresspartei und ihr politisches Aushängeschild Rahul Gandhi waren im Vorfeld durch ihre großangelegte Wahlkampagne und Gandhis zahlreiche politische „Rallies“ im politisch einflussreichen Bundesstaat Uttar Pradesh als potentieller Gewinner der Wahlen gehandelt worden. Umso schwerer traf das Wahlergebnis die Protagonisten der Kongresspartei, die nicht nur in UP, sondern in insgesamt drei von fünf Bundesstaaten klar unterlegen war. Auch im Punjab musste die Partei Mandate an die Akali Dal abgeben und in Uttarakhand war der INC gezwungen, parteilose Landtagsabgeordnete aufzunehmen, um eine realistische Chance bei der Entscheidung über den Wahlausgang zu haben. Der Wahlsieg im kleinen Manipur und die Tatsache, dass auch die BJP angeschlagen aus den Regionalwahlen hervorgeht, sind nur ein schwacher Trost für die Kongresspartei. Der Wahlausgang zeigt deutlich, dass Rahul Gandhis „Me myself and I“-Kampagne<sup>36</sup> bei den Wählern nicht auf Zustimmung gestoßen ist. Seine Wahlkampfstrategie, die Wählerbasis für die eigene Partei wiederaufzubauen, die unteren Wählerschichten zu mobilisieren und damit eine ernsthafte Alternative für die korrupten Kastenparteien zu offerieren, war zielorientiert – ohne lokale Führungspersönlichkeiten jedoch nicht zu verwirklichen.

Der große Verlierer dieser Runde an Regionalwahlen – so die Politik-Analysten – ist damit die Kongresspartei und mit ihr die Person Rahul Gandhis; die Gewinner sind eindeutig die jeweiligen Regionalparteien – in Uttar Pradesh allen voran die Samajwadi Partei (SP). Auch die Wahlbevölkerung gehörte zu den Gewinnern der Wahl: Die hohe Wahlbeteiligung in den fünf Regionalwahlen zeigt einerseits, dass die Wähler aktiv von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, und andererseits, dass diese sich des Wertes ihrer Stimme bewusst waren. Abgestraft wurde die einst als „Dalit-Königin“ gefeierte Chiefministerin Mayawati, die – besessen von eigenem Personenkult – in ihrer langjährigen Amtszeit den größten Bundesstaat Indien systematisch sozio-ökonomisch heruntergewirtschaftet hat.

Die indischen Medien berichteten umfassend über die Wahlen. Der Bundesstaat Uttar Pradesh war dabei besonders im Fokus. In der Berichterstattung dominierte die Niederlage der Kongresspartei, die Medien und Analysten in enge Verbindung mit der Person Rahul Gandhis brachten. Die Tageszeitung „Hindustan Times“ titelte: „Brand Rahul is down but not out“<sup>37</sup>, „Deccan Herald“ schrieb „UP Mandate a defeat for Rahul“<sup>38</sup> und auch laut Nachrichtenagentur Reuters hat das Image Rahul Gandhis gelitten: „Rahul Gandhi´s charisma fails in Uttar Pradesh“<sup>39</sup>. Die deutschen Medien, für die Regionalwahlen in Indien keinen größeren Nachrichtenwert haben, konzentrierten sich in ihrer überschaubaren Berichterstattung ebenfalls auf die Wahlniederlage der Kongresspartei und die möglichen Folgen für Rahul Gandhi.<sup>40</sup>

Der Name Gandhi ist keine Garantie für Wahlerfolge – so könnte man das Wahlergebnis in Uttar Pradesh resümieren.<sup>41</sup> Die Ergebnisse aus den einzelnen Bundesstaaten haben, wie auch bereits im Zuge der Regionalwahlen 2011, den nationalen Parteien Congress und BJP

<sup>35</sup> Vgl. Hindustan Times, 07.03.2012, BJP sweeps cong out of power

<sup>36</sup> Vgl. Indian Express, 07.03.12, UPA weaker, Rahul puts up a brave face: A very good lesson

<sup>37</sup> Vgl. Hindustan Times, 07.03.2012, Brand Rahul is down but not out

<sup>38</sup> Vgl. Deccan Herald, 06.03.2012, UP Mandate a defeat for Rahul: Swaraj

<sup>39</sup> Vgl. <http://www.livemint.com/2012/03/06102059/Rahul-Gandhi8217s-charisma.html>

<sup>40</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 08.03.2012, Niederlage für Rahul Gandhi/ Tagesspiegel, 12.03.2012, Ein indischer Mythos verblasst

<sup>41</sup> Vgl. Badische Zeitung, 08.03.2012, Der Name Gandhi ist keine Garantie für Wahlerfolge



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

eine wichtige Lektion erteilt: Kommunalpolitik wird nicht von Delhi aus entschieden. Beide große Parteien haben es versäumt, kommunale Führungspersonlichkeiten in den jeweiligen Bundesstaaten aufzubauen, mit deren Politik sich die politische Basis in den Wahlkreisen identifizieren kann. Der Einsatz prominenter politischer Entscheidungsträger aus Delhi im kommunalen Wahlkampf ist kein Ersatz für den Aufbau politisch effizienter Strukturen auf kommunaler Ebene. Möglicherweise trägt das Wahlergebnis dazu bei, einen Bewusstseinswandel bei den großen Parteien – insbesondere bei der Kongresspartei herbeizuführen. Während Rahul Gandhi unmittelbar nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse die volle Verantwortung für die Wahlniederlage in UP übernommen hat („I led the campaign, so it's my responsibility“)<sup>42</sup>, bemühten sich Führungskräfte aus der Partei sichtlich um Schadensbegrenzung und Trennung des Namen Gandhis vom Wahlergebnis.

Zahlreiche Analysten deuten die Wahlniederlage der Regierungspartei INC als Omen für die Parlamentswahlen 2014, denn der einflussreiche Bundesstaat Uttar Pradesh gilt gemeinhin als wichtiger Barometer für die Stimmung im indischen Wahlvolk. Fest steht, dass das politische Überleben der Regierungskoalition in Delhi zwar nicht vom Urnengang in den Bundesstaaten abhängt, dennoch können aus den Bundesstaatenwahlen allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden, die möglicherweise Einfluss auf die Wahlkampfthemen, die Wahlkampfführung und den Verlauf der Parlamentswahlen 2014 haben:

- weiterer Bedeutungszuwachs regionaler Parteien und damit Abhängigkeit der nationalen Parteien bei Koalitionsbildungen;
- Marginalisierung der nationalen Parteien auf regionaler Ebene;
- Abkehr von Patronage- und Kastenpolitik;
- deutliches Votum gegen Korruption.

Zumindest ein Achtungserfolg in Uttar Pradesh hätte es der Regierungskoalition in Delhi leichter gemacht, die derzeit drängenden Reformprojekte vor dem Hintergrund der erschwerten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – schwindende Wirtschaftswachstumsraten und hohe Inflation – umzusetzen. Stattdessen scheint das Wahlergebnis die Paralyse der Reformvorhaben – beispielsweise das Gesetz für ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI), der „land acquisition bill“, das umstrittene Anti-Korruptionsgesetz und Gesetzesinitiativen im Bereich Sozialversicherung und Renten – zu unterstützen.

In den einzelnen Bundesstaaten erfolgen nunmehr die Kabinetts- und Regierungsbildungen, doch die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor: Es gilt, die Wahlversprechen einzulösen und damit vor allem die drängenden Probleme, die sich auf regionaler Ebene kaum von der nationalen Ebene unterscheiden, zu bewältigen – sozio-ökonomische Disparitäten, umfassende Infrastrukturprobleme, Korruption, etc. Im zweiten Halbjahr 2012 stehen Regionalwahlen in den Bundesstaaten Gujarat und Himachal Pradesh an; die Kongresspartei bekommt somit eine weitere Chance, aus der aktuellen Wahlniederlage die richtigen Lehren zu ziehen.

### Hintergrund: Die Wahlkommission in Indien

Die Wahlkommission (Election Commission), die vom Chief Election Commissioner und zwei Election Commissioners geleitet wird, ist eine durch die Verfassung legitimierte Institution,

---

<sup>42</sup> Vgl. NDTV, 07.03.2012, I take responsibility, says Rahul Gandhi about UP results

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**INDIEN**

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY  
MAREEN HARING

12. März 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/indien](http://www.kas.de/indien)

die am 25. Januar 1950 ins Leben gerufen wurde. Gemäß Artikel 324 der indischen Verfassung ist die Wahlkommission damit beauftragt, alle National- oder Regionalwahlen zu überwachen, zu organisieren, zu kontrollieren und durchzuführen. Neben dem Obersten Gerichtshof (Supreme Court of India), gilt die Wahlkommission als eine politisch weitgehend unabhängige Einrichtung und zählt zu einer der wichtigsten Institutionen der indischen Demokratie. Zu ihren Aufgaben gehören u. a. die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Wahlen, die Vergabe von Parteisymbolen und die Zulassung von Parteien. Unterschieden wird zwischen anerkannten Parteien auf nationaler Ebene (National Parties) und Parteien auf Bundesstaaten-Ebene (State Parties) sowie registrierten, aber nicht offiziell anerkannten Parteien (Registered Parties). Nationale Parteien werden von der Wahlkommission als solche anerkannt, wenn sie in mindestens vier Bundesstaaten vertreten sind und mindestens sechs Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Parteien auf Bundesstaaten-Ebene bedürfen mindestens sechs Prozent der gültigen Stimmen und müssen mindestens zwei Abgeordnete in das jeweilige Landesparlament entsandt haben. Lediglich „Registrierte“ Parteien sind entweder neu gegründete Parteien oder haben bisher nicht ausreichend Wählerstimmen gewinnen können, um einen Abgeordneten zu entsenden. Kandidaten von „registrierten, aber nicht anerkannten“ Parteien werden bei Wahlen als unabhängige Kandidaten geführt.

Das Hauptanliegen der Wahlkommission ist es, faire und freie Wahlen in Indien zu ermöglichen. Durch Initiativen wie beispielsweise der Einführung elektronischer Wahlstationen (Electronic-Voting Machines, EVMs), der Einbindung verschiedenster Wahlbeobachter oder der Einrichtung einer kostenlosen nationalen Wählerhotline ist es der Wahlkommission gelungen, die technische Durchführung der Wahlen kontinuierlich zu verbessern. Umfangreiche Publikationen im Vorfeld der Wahlen und Aufklärungskampagnen tragen dazu bei, die Transparenz des demokratischen Prozesses in Indien zu erhöhen. Zu den größten Herausforderungen zählen neben dem Schutz der Wähler, die Bekämpfung der Wählerbestechung und die Enthüllung von so genannten „Paid News“, d.h. von Berichten oder TV-Sendungen, die als Nachrichten deklariert sind, de facto aber gezielte Kampagnen zur Meinungsbeeinflussung potenzieller Wähler darstellen.